

Wahl: Grossratswahlen Kanton Bern		
Name: Saima Linnea Sägesser		
Erstellt am: 30.01.2022		
Frage	Antwort	Kommentar zur Antwort erfassen
Befürworten Sie eine Erhöhung des Rentenalters (z.B. auf 67 Jahre) für Frauen und Männer?	Nein	Nur weil wir länger Leben, heisst das nicht, dass wir auch länger der Lohnarbeit nachgehen sollten. Stattdessen wäre ein generationenübergreifendes System sinnvoll, das auf gegenseitige Unterstützung und Solidarität baut. Wer noch Kraft, Zeit und Wille hat, leistet ehrenamtliche Carearbeit, die später, sollte man selbst darauf angewiesen sein, gefordert werden kann.
Sollen im Kanton Bern Ergänzungsleistungen für Familien mit tiefem Einkommen eingeführt werden?	Ja	Statt Familien in die Sozialhilfe zu stürzen oder Angehörige mit der Bürde zu belasten für Familienmitglieder aufkommen zu müssen, muss der Kanton bedingungslos für das Grundeinkommen aufkommen. Es handelt sich dabei um eine Investition in die Zukunft und wird den Kanton so später weniger kosten.
Befürworten Sie eine Verschärfung des Sozialhilfegesetzes (z.B. Begrenzung der Zulagen, tieferes Existenzminimum, strengere Sanktionen)?	Nein	Im Gegenteil: das Sozialhilfegesetz muss finanziell ausgebaut werden. Insbesondere braucht es bessere Arbeitsbedingungen für Sozialarbeiter*innen, um die bestmögliche Unterstützung der Klient*innen gewährleiten zu können. Mehr Zeit, weniger Druck und höherer Lohn wären angebracht. (ähnlich der Pflegeinitiative)
Eine kantonale Initiative verlangt eine Elternzeit von 24 Wochen (6 Wochen pro Elternteil, 12 Wochen aufteilbar). Unterstützen Sie diese Forderung?	Ja	24 Wochen sind erst der Anfang. Ideal sind skandinavische Modelle, an denen wir uns orientieren sollten. Z.B. das finnische Modell: 14 Monate Elternzeit. Elternzeit ist schon alnge überfällig. Sie behandelt beide Eltern gleich, unabhängig vom Geschlecht und sie gewichtet Carearbeit gleichwertiger gegenüber Lohnarbeit.
Soll der Kanton auf eine Privatisierung von Spitälern verzichten (z.B. Verkauf von Aktien an Private)?	Eher ja	Gesundheitswesen ist eine staatliche Aufgabe. Spitäler sollen nicht profitabel sein müssen, sondern die Genesung und Behandlung von Patient*innen zuvorderst hinstellen. Wirtschaftlichkeit und Gesundheit einander gegenüberzustellen, ist der falsche Ansatz.
Soll der Kanton Hausarztpraxen finanziell unterstützen (z.B. durch steuerliche Vorteile oder Anschubfinanzierungen bei der Übernahme von Praxen)?	Eher nein	Nein, aber der Kanton soll sicherstellen, dass auch in Randregionen und Berggebieten medizinische Versorgung gewährleistet ist. So wie die Kirche Pfarrpersonen in die hintersten Krachen entsendet, sollte es auch mit Ärzt*innen geschehen. Ausserdem muss der Aufwand für werdende Eltern, eine geeignete Kinderärztin zu finden, gemindert werden.
Soll der Kanton Bern mehr Geld für die Verbilligung der Krankenkassenprämien bereitstellen?	Ja	Es kann nicht sein, dass Familien und Menschen mit geringen Einkommen ans Existenzminimum geraten, weil die Prämien zu hoch sind. Dazu kommt noch, dass durch die tieferen Monatsprämien, die Franchisen und Selbstbehalte umso höher sind. Geringverdienende können sich keine medizinischen Behandlungen leisten!
Unterstützen Sie die Einführung einer generellen Impfpflicht gegen das Corona-Virus (Covid-19)?	Ja	Es ist dasselbe wie mit der Klimakrise. Auf Eigenverantwortung zu bauen, reicht nicht. Es braucht Verbote und Pflichten, um aus einer Krise zu kommen.
Finden Sie es richtig, wenn Schulen Dispense aus religiösen Gründen für einzelne Fächer oder Veranstaltungen bewilligen (z.B. Sport- oder Sexualkundeunterricht)?	Eher nein	Durch Dispense wird die Chancengleichheit untergraben. Jedes Kind soll das Gleiche lernen und tun können, unabhängig von Religion, Kultur, Herkunft etc. Da gilt die Integrationspflicht und das Verantwortungsbewusstsein der Schule, im Sinne von Zukunftsförderung.
Gemäss dem Konzept der integrativen Schule werden Kinder mit Lernschwierigkeiten oder Behinderungen grundsätzlich in regulären Schulklassen unterrichtet. Befürworten Sie dies?	Ja	Je mehr Menschen in Schubladen der Andersartigkeit gesteckt werden, desto stärker verinnerlichen sie es. Gleches gilt für Massnahmen der Chancengleichheit, Gleichbehandlung und Integration: sie wird verinnerlicht! Diversität macht eine erfolgreiche Gesellschaft aus.
Sollen im Kanton Bern alle Schulen als Tagesschulen mit freiwilligem Betreuungsangebot geführt werden?	Ja	Wir brauchen definitiv mehr Betreuungsangebote und Mittagstische, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten. Am besten sind die Angebote an den Pendler*innenverkehr angeschlossen.
Soll der Kanton schwache Schüler/-innen stärker unterstützen (z.B. Unterstützungsangebote durch Sozialpädagog/-innen, Gutscheine für Nachhilfe-/Förderunterricht)?	Ja	Heute getätigte Investitionen, zahlen sich später aus. Der Kanton sollte noch viel früher ansetzen und nicht erst in der Volksschule. Frühförderung muss Teil des offiziellen Bildungswegs sein.
Soll der Kanton Bern Ausländer/-innen bei der Integration stärker unterstützen (z.B. ausgebautte Sprachförderung, zusätzliche Sozialarbeiter/-innen)?	Ja	Natürlich! Je besser die Integration, desto geringer die Gefahr des abgehängt Werdens. Gerade ausländische Eltern von Schüler*innen sollten stärker unterstützt werden. Die Kinder lernen Sprachen, Bräuche und kulturelle Unterschiede sehr schnell und sind ihren Eltern bald überlegen. Deshalb müssen Eltern parallel zur Integration ihrer Kinder, genauso an der Hand genommen werden.
Soll sich der Kanton Bern dafür einsetzen, dass mehr Geflüchtete aus Lagern direkt vor Ort (z.B. Griechenland) aufgenommen werden (sogenannte Resettlement-Flüchtlinge)?	Ja	Leerstehende Unterkünfte gibt es und Containerhäuser wären rasch errichtet. Ausserdem müssen die Unterkünfte an zentraler Lage sein, statt hoch oben im Berg, abgeschottet von jeglicher Zivilisation.

Der Kanton Bern hat die Sozialhilfe für vorläufig aufgenommene Personen reduziert. Befürworten Sie dies?	Nein	Wer Lebenszeit in der Schweiz verbringt, soll diese sinnvoll nutzen können. Unabhängig vom Aufnahmestatus und dessen Dauer, sollen alle Anrecht auf Bildung, Arbeit, Gesundheit und Einkunft haben.
Sollen alle in der Schweiz geborenen Personen das Schweizer Bürgerrecht erhalten («ius soli»-Prinzip)?	Ja	Klar ist, dass diese Kinder hier zur Schule gehen, die Sprachen beherrschen, Freund*innen haben, Hobbys nachgehen etc. wie Schweizer Kinder auch. Der Unterschied besteht nur auf dem Papier und sollte behoben werden!
Sollen Ausländer*innen, die seit mindestens zehn Jahren in der Schweiz leben, das Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene erhalten?	Ja	Wer hier lebt, soll mitbestimmen können! Wir preisen unsere Demokratie, lassen aber nur Ausgesuchte daran teilhaben, das ist falsch.
Soll der Konsum von Cannabis legalisiert werden?	Ja	Legalize it! Dem Staat und Kanton entgehen Einnahmen, die durch die legale Abgabe von Cannabis erwirtschaftet werden können. Neben dem Finanziellen Reiz, ist durch die legale Abgabe auch die Sicherheit der Konsument*innen gewährleistet. Fakt ist, gekifft wird so oder so. Es sich zu Nutze zu machen, wäre nur sinnvoll. Während Tabak und Alkohol legal sind, wird Cannabis, der medizinische Wirkungen hat, auf den Schwarzmarkt verdrängt. Die seit 2021 ermöglichten Pilotversuche sind ein Anfang.
Soll während der Coronavirus-Pandemie (Covid-19) auf staatliche Einschränkungen im Privat- und Wirtschaftsleben weitgehend verzichtet werden (Eigenverantwortung der Bevölkerung)?	Nein	Wie bereits betont, Krisen brauchen Verbote und Pflichten. Mit Eigenverantwortung retten wir die Welt nicht.
Der Kanton Bern unterstützt die Landeskirchen aus allgemeinen Steuermitteln jährlich mit rund 74 Millionen Franken. Befürworten Sie dies?	Nein	Kirche und Staat sind zu trennen und so auch die Finanzflüsse. Die 74 Millionen Franken sollten zur Unterstützung der Wiedereingliederung von Sektenaussteiger*innen oder ehemaligen Freikirchen-Anhänger*innen dienen.
Soll sich die kantonale Kulturförderung stärker auf kulturelle Angebote ausserhalb der städtischen Zentren konzentrieren?	Ja	Absolut. Kulturförderung muss insbesondere in den Randregionen eingesetzt werden, um diese zu stärken. Ein reizvolles kulturelles Angebot kann dazu beitragen der Landflucht Einhalt zu gebieten und das Wachstum der Städte zu bremsen. Mehr Kulturwerbung: https://saimalinnea.com/2022/01/23/motion-mehr-flachen-fur-langenthaler-kultur-und-veranstaltungswerbung/ Gegen Kürzungen in der Krise: https://saimalinnea.com/2022/01/23/budgetdebatte-28-08-2021/
Soll der Kanton die Berichterstattung in regionalen Medien zur kantonalen Politik finanziell unterstützen (z.B. über eine Förderstiftung)?	Ja	Gerade die regionalen Medien sind es, die neben den grossen Zeitungen konsumiert werden. Sie sind niederschwelliger, direkter und vermögen es breit zu informieren. Politische Bildung hört nach der Schule nicht einfach auf.
Würden Sie eine Senkung der Unternehmenssteuern im Kanton Bern befürworten?	Nein	Die Reichen reicher machen? Nein. Firmen haben ihren Anteil an der Gesellschaft zu leisten, statt nur Profit zu machen. Je mehr Steuern wir bei Konzernen, Firmen, Transaktionen und Banken senken, desto mehr muss das von der Normalbevölkerung aufgefangen werden.
Soll die kantonale Schuldenbremse gelockert werden, um Investitionen einfacher zu ermöglichen?	Eher ja	Die Schuldenbremse sollte nur für konkrete Projekte gelockert werden, wie zum Beispiel für Kulturförderung, Bildung, Massnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für die Gleichstellung. Nicht aber für Strassenbau, Spitzensport und klimaschädliche Energie- und Umweltprojekte.
Befürworten Sie Steuersenkungen für natürliche Personen in den nächsten vier Jahren?	Nein	Zukünftige Investitionen sollen getätigt werden, während an den falschen Stellen (z.B. Kultur, Bildung) gespart wird. Um dies aufzufangen, bedarf es Steuererhöhungen.
Im Kanton Bern sollen die Motorfahrzeugsteuern für Fahrzeuge mit hohem Verbrauch erhöht werden (bei gleichzeitiger Senkung der Einkommenssteuern). Befürworten Sie diese Vorlage (Abstimmung vom 13. Februar)?	Ja	Es ist sinnvoll klimaschädliche Produkte und Aktivitäten höher zu besteuern. Gleichzeitig aber die Einkommenssteuern zu senken, ist komisch. Hier werden zwei Dinge vermischt, die getrennt gehören. Doch aus Haltung der Klimaschützerin ist die Vorlage anzunehmen. Jene werden zur Kasse gebeten, die das Klima mit ihrem Fahrzeug nicht schützen.
Soll der Kanton Bern die Ansiedlung neuer Firmen im Kanton steuerlich unterstützen?	Nein	Steuerprivilegien und Geschenke für Firmen, Reiche und Banken sind nie eine gute Idee. Diese dürfen kein Anreiz sein für den Sitz. Stattdessen sollen andere Faktoren gefördert werden, um die Ansiedlung reizvoll zu machen: gute ÖV-Anbindungen, gute Betreuungsangebote, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten und interessantes Freizeitangebot.
Soll der Kanton das Service-Public-Angebot (z.B. ÖV-Verbindungen, Poststellen) in den ländlichen Regionen stärker fördern?	Ja	Wie medizinische Versorgung und Bildung gehören auch ÖV, Post und Kultur in jede Region, sei sie noch so abgelegen. Interessantes Angebot vor Ort mindert die Mobilität grundsätzlich, gleichzeitig ermöglicht der ÖV die flexible Mobilität, dies aber klimafreundlich!

Befürworten Sie die Einführung eines (kantonalen) Mindestlohns von CHF 4'000 für eine Vollzeitstelle?	Ja	<p>Wenn kein Mindestlohn, dann aber ein Bedingungsloses Grundeinkommen. So oder so muss der Staat das Existenzminimum für jede*n Einzelne*n gewährleisten und verantworten.</p> <p>Interpellation Langenthaler Lohnsystem: https://saimalinnea.com/2022/01/23/interpellation-langenthaler-lohnsystem-und-seine-stellen-wie-zeitgemass-ist-es/</p>
Befürworten Sie eine vollständige Liberalisierung der Geschäftsöffnungszeiten (Festlegung nach freiem Ermessen unter Berücksichtigung des Arbeitsgesetzes)?	Eher ja	Berufsbilder und Arbeitszeiten ändern sich. Um allen den Einkauf des täglichen Grundbedarfs ermöglichen zu können, wären längere Öffnungszeiten sinnvoll. Damit einhergehend sind höhere Löhne für Verkäufer*innen zu setzen.
Soll der Kanton auf die Erbringung eigener Dienstleistungen verzichten, falls dadurch private Angebote konkurrenzieren werden?	Eher nein	Der Kanton würde wohl ein gleiches Angebot nur erbringen, wenn ein offensichtlicher Mehrwert für die Gesellschaft darin besteht.
Befürworten Sie eine strengere Kontrolle der Lohngleichheit von Frauen und Männern im Kanton?	Ja	<p>Ohne Kontrollen, keine Lohngleichheit! Schon zu lange wurde die Lohngleichheit einfach für selbstverständlich genommen. Sich hier auf Freiwilligkeit und Stichproben zu verlassen, führt nirgends hin. Es braucht Bedingungen, Regeln, Kontrollen und Sanktionen!</p> <p>Motion Charta für Lohngleichheit: https://saimalinnea.com/2020/10/05/motion-zur-unterzeichnung-der-charta-der-lohngleichheit-im-offentlichen-sektor/</p>
Soll der Kanton Bern den gemeinnützigen Wohnungsbau finanziell stärker fördern?	Ja	Generationenübergreifendes Wohnen ist die Zukunft. Wohnraum muss zudem erschwinglich und nachhaltig sein. Gemeinnütziger Wohnungsbau knüpft hier an.
Sollen nicht mehr genutzte Gebäude in der Landwirtschaftszone (z.B. Ställe/Scheunen) als Ferien- und Wohnhäuser genutzt werden dürfen?	Ja	Jeder Leerraum soll von anderen zwischengenutzt werden können. Es braucht ein System, das die lang- oder kurzfristige Vermittlung von Zwischennutzungen koordiniert und sie für Anbieter*innen und Abnehmer*innen unkompliziert macht.
Eine kantonale Volksinitiative fordert, dass auf allen geeigneten Gebäuden bis spätestens 2040 Solaranlagen installiert werden müssen. Befürworten Sie dies?	Ja	Solarstrom kann zur Rettung der Welt beitragen. Ideal ist, wenn ein Gebäude seinen Verbrauch selber produziert und Überschüssiges ins Netz zurückleitet, um jene Gebäude ohne geeignete Dächer für Solaranlagen mitzutragen.
Sollen Landwirte nur noch dann Direktzahlungen erhalten, wenn sie einen erweiterten ökologischen Leistungsnachweis erbringen (z.B. Reduktion von Pestiziden und Antibiotika, Erhöhung des Tierwohls)?	Ja	In der Landwirtschaft sind viele interessante Neuerungen im Gange, die den Anbau und die Pflege von Lebensmitteln und Tieren nachhaltiger, lukrativer und gesünder machen. Wer hier nicht mitmachen will, soll auch keine Direktzahlungen erhalten.
Befürworten Sie ein Verbot von Heizungen mit fossilen Energieträgern (Erdöl und Erdgas) bei Neubauten und Ersatz bisheriger Anlagen?	Ja	Verbote statt Eigenverantwortung. In dieser wichtigen Sache - Klimaschutz - reichen Anreize, Tipps und Bitten nicht.
Soll das bestehende Bauverbot für neue Atomkraftwerke aufgehoben werden?	Nein	Wir wollen doch kein 2. Frankreich sein!
Soll der Kanton Bern zur Erreichung der Klimaziele vollständig auf finanzielle Anreize statt auf Verbote setzen?	Nein	Belohnung für Nachhaltigkeit ist nur kurzfristig sinnvoll. Wer Klimaschutz nicht verinnerlicht, wird nicht nachhaltiger das Klima schützen, nur weil die Steuern gesenkt werden oder ökologische Haushaltsgeräte finanziert werden. Es braucht Verbote für die Herstellung und den Verkauf von bestimmten Produkten, für Kurzstrecken-Flüge; für Pflanzen, die Einheimisches verdrängen und für Massentierhaltung.
Befürworten Sie das geplante Stauseeprojekt unterhalb des Triftgletschers im Gadmertal?	Eher nein	Wo noch möglich, soll die Natur unberührt bleiben und lieber sollen flächendeckende Solaranlagen ins Auge gefasst werden.
Soll im Kanton Bern die Infrastruktur für den Langsamverkehr (z.B. Veloweg) ausgebaut werden?	Ja	Mehr Sicherheit und Weitläufigkeit für Fussgänger*innen und Velofahrer*innen dient dem Klima, weil die langsame Mobilität dank besserer Infrastruktur reizvoller wird.
Unterstützen Sie den Ausbau von Überlandstrassen und Autobahnen zur Beseitigung von Verkehrsengpässen?	Nein	Grundsätzlich soll das Autofahren weniger reizvoll werden. Hingegen gehört der ÖV ausgebaut.
Soll der Kanton mit einer ÖV-Offensive einen Ausbau der Bus- und S-Bahnlinien vorantreiben?	Ja	Gerade Randregionen, wo noch viele auf Autos angewiesen sind, müssen besser ans ÖV-Netz angebunden sein.
Soll die Finanzierung von Parteien sowie von Wahl- und Abstimmungskampagnen im Kanton Bern offengelegt werden müssen?	Ja	<p>Transparenz fördert die Demokratie und die Meinungsbildung.</p> <p>Motion für transparente Politfinanzierung: https://saimalinnea.com/2021/05/10/motion-offenlegung-der-finanzierung-von-parteien-und-wahl-und-abstimmungskomitees/</p>

Soll das Stimmrechtsalter auf 16 Jahre gesenkt werden?	Ja	Politische Bildung in der Schule reicht nicht, erst wer wirklich mitmachen kann, versteht die Prozesse und erhält Lust sich einzubringen.
Soll der Kanton Bern sein finanzielles Engagement bei der Entwicklungszusammenarbeit ausbauen?	Eher ja	Entwicklungszusammenarbeit funktioniert allerdings nur, wenn sie langfristig und nachhaltig gedacht wird. Es darf kein westlicher oder schweizerischer Blick auf Prozesse darübergestülpt werden, sondern die Zusammenarbeit muss lokal gedacht und verankert sein.
Soll die Schweiz das Schengen-Abkommen mit der EU kündigen und wieder verstärkte Personenkontrollen direkt an der Grenze einführen?	Nein	Die Personenfreizügigkeit ist etwas vom Kostbarsten und muss unangetastet bleiben! Es soll sich jede*r bewegen und niederlassen können, wo sie*er will.
Soll die Schweiz die bilateralen Verträge mit der EU durch ein Freihandelsabkommen ersetzen (nach dem Vorbild des Brexit-Abkommens zwischen Grossbritannien und der EU)?	Nein	Die bilateralen Verträge sind zu schützen. Artikel zum Podium im GymO im Rahmen der Abstimmung zur Begrenzungsinitiative: https://saimalinnea.com/2020/10/05/wo-die-politik-schon-fruh-zum-thema-wird/
Soll die Polizeipräsenz im Kanton Bern ausgebaut werden?	Eher ja	Kleine Orte und Städte, wo die Wache nicht durchgehend besetzt ist oder deren Polizist*innen andernorts eingesetzt werden, z.B. weil sie in Bern eine Corona-Demo begleiten müssen, haben das Risiko für Ballungen von Vandalismus, Übergriffen und Drogenkonsum auf offener Strasse. Postulat zur Sicherheit in Langenthal: https://saimalinnea.com/2020/10/05/postulat-zur-gewahrung-der-sicherheit-in-der-ausgehzone-jurastrasse-marktgasse-wuhrplatz/
Würden Sie ein generelles Verbot von Software zur automatischen Gesichtserkennung begrüßen (z.B. bei Videoüberwachung)?	Eher ja	Statt Videoüberwachung braucht es Chancengleichheit in Bildung und auf dem Arbeitsmarkt sowie Prävention und Integration.
Sollen unbewilligte Demonstrationen konsequent durch die Polizei aufgelöst werden?	Eher ja	Es kommt auf die Stimmung und den Inhalt an. Ist die Demonstration faschistisch und rechtsradikal, gehört sie aufgelöst. Dient sie der Verbreitung von Hass, Gewalt und Spaltung der Gesellschaft, dann ebenso.
Wie beurteilen Sie diese Aussage: "Wer sich nichts zuschulden kommen lässt, hat von staatlichen Sicherheitsmassnahmen nichts zu befürchten."	4	Wo staatliche Sicherheitsmassnahmen der Abschottung (z.B. Unterkünfte für Geflüchtete) dienen, sind sie falsch eingesetzt.
Wie beurteilen Sie die folgende Aussage: "Von einer freien Marktwirtschaft profitieren langfristig alle."	Gar nicht einverstanden	Unser System, das auf Kapital aufbaut, wird früher oder später scheitern. Der Mensch wird älter, Berufsbilder verändern sich und die Idee "Lebe, um zu arbeiten" ist schon lange nicht mehr allgemeingültig. Die freie Marktwirtschaft dient nur den Reichen, macht Konsument*innen abhängig und ärmer und schadet dem Klima. Sie gehört kontrolliert.
Wie beurteilen Sie diese Aussage: "Vermögende sollen sich stärker an der Finanzierung des Staates beteiligen."	Vollständig einverstanden	Wer hat, soll! Vermögen zu horten, zu investieren und für den eigenen Wohlstand zu häufen ist Teil des Problems. Geld macht nicht glücklich, ein funktionierendes Bildungssystem, finanziertes Gesundheitswesen und ökologisches Leben hingegen schon. Nur mit Solidarität und Umverteilung können wir als Gesellschaft funktionieren.
Wie beurteilen Sie diese Aussage: "Für ein Kind ist es am besten, wenn ein Elternteil Vollzeit für die Kinderbetreuung zu Hause bleibt."	Gar nicht einverstanden	Kinder brauchen verschiedene Bezugspersonen: Kita-Betreuer*innen, Mittagstisch-Verantwortliche, Grosseltern, Lehrer*innen, Eltern etc. nur so werden sie reich in ihren Werten und im Denken. Ausserdem leben wir nach wie vor in einer Gesellschaft, wo Hausmänner stigmatisiert und berufstätige Mütter kritisiert werden. Solange das Standard ist, braucht ein Kind sicherlich keinen Vollzeit Elternteil.
Wie beurteilen Sie die folgende Aussage: "Die fortschreitende Digitalisierung bietet deutlich mehr Chancen als Risiken."	6	Ja, aber. Die Digitalisierung passiert sehr schnell, unser System hingegen ist langsam. Es muss sich der Schnelllebigkeit von digitalen Prozessen anpassen, um reagieren, kontrollieren und sie nutzbar machen zu können. Motion für einen neuen Langenthaler Webauftritt: https://saimalinnea.com/2020/11/30/motion-für-einen-zeitgemassen-webauftritt-der-stadt-langenthal/
Wie beurteilen Sie diese Aussage: "Die Bestrafung Krimineller ist wichtiger als deren Wiedereingliederung in die Gesellschaft."	2	Hier sollte von der Art der Tat ausgegangen werden: Sexualverbrecher gehören härter bestraft und länger nicht wiedereingegliedert.
Wie beurteilen Sie die folgende Aussage: "Ein stärkerer Umweltschutz ist notwendig, auch wenn er zu Lasten des Wirtschaftswachstums durchgesetzt werden muss."	Vollständig einverstanden	Ohne Lebensraum, bringt uns ein stabiles Wirtschaftswachstum auch nichts mehr.